

## **Vernunftprinzip Zirkulation**

von Franz Witsch

Hamburg, 08.08.2005

Die Beförderung einer Politischen Ökonomie sozialer Verträglichkeit oder Unverträglichkeit entfaltet sich immer im Rahmen bestimmter politischer Institutionen mit der Aufgabe, die Produktion von Gütern und Dienstleistungen über Raum und Menschen zu verteilen. Ein wesentliches Mittel dafür ist das Geld: Geld zur Bewirtschaftung ökonomischer Größen als da u.a. sind: marktwirtschaftliche, an Profitmaximierung orientierte Produktion, Arbeit und Produktion im Hinblick auf politisch definierte gesellschaftliche Bedürfnisse (Erziehung/Bildung, Krankenversorgung, Renten, Pflege, Infrastruktur) und Nachfrage (nach Konsum, Investitionen). Die Bewirtschaftung ökonomischer Größen vollzieht sich im Rahmen eines genau definierten und zu definierenden normativen Regelwerks, in dem sich heute mehr denn je das einzelwirtschaftliche Interesse auslebt auf Kosten gesamtwirtschaftlicher Interessen und Gemeinwohl. Das bedeutet, in diesem Regelwerk gedeihen vornehmlich auf Gewinnmaximierung gerichtete Herrschafts- und Machtverhältnisse, verbunden mit einem bestimmten Verständnis von Gesellschaft und einem daran gekoppelten Menschenbild, das politische Optionen zunehmend eingrenzt, in der Tendenz auf Null zurückführt. Alle gesellschaftlichen Bereiche sollen unter dem Primat gewinnmaximierenden Handelns gestellt werden. In der Zirkulationssphäre vagabundiert Kapital mit stets weniger Möglichkeiten ausreichender Verwertung. Und Verwertungsmöglichkeiten will man diesem Kapital verschaffen – koste es, was es wolle. Das alles im Rahmen institutioneller Strukturen, in dem Wege und Kräfte vorgezeichnet sind, Menschen mit Geld und Einkommen zu versorgen. In seiner extremsten Form sagt das in diesem Rahmen sich auslebende Menschenbild: wer nicht jede zumutbare Arbeit annimmt, verdient es auch nicht, dass er sich zureichend ernährt und wohnt. Natürlich gibt es für diesen Sachverhalt weichgespülte Formulierungen, hinter denen man sich verstecken möchte: die Wähler wollen von der Politik die Wahrheit hören, sie wollen keine leeren Versprechungen mehr, etc., ja welche Wahrheiten, in Gottes Namen? Nun, hinter vorgehaltener Hand: dass Menschen sich nicht mehr zureichend versorgen können dürfen im Namen der Wahrheit. Vielleicht gibt es ja auch Wahrheiten, die es verlangen, 30 Millionen Menschen im Jahr verhungern zu lassen. Kurz: wie diese Wahrheiten konkret aussehen, belässt man im Ungefähren. Das Konkrete soll jeder Bürger im Stillen ganz für sich allein in seinem Herzen ergänzen dürfen. Schließlich ist er ja nicht dumm.

Die herrschende Ökonomie reflektiert den politisch zu gestaltenden Zusammenhang von Produktion und Verteilung mit den Begriffen Angebot (Produktion) und Nachfrage (Zirkulation). Dementsprechend gibt es eine angebotsorientierte und nachfrageorientierte Strategie in der Geld-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. In beiden Strategien findet eine

Bewirtschaftung der Nachfrage (nach Konsum- oder Investitionsgütern) statt. Vermittelt wird die Bewirtschaftung über die Versorgung des Gesamtsystems mit genügend Geld. Für die Steuerung der Geldschöpfung ist die Zentralbank zuständig im Rahmen einer sogenannten stabilitätsorientierten Geldpolitik. Geld fließt durch den privaten Finanzsektor vermittelt (Banken, Sparkassen, Geldmarktfonds) in das System, bzw. Geld wird dem System entzogen, je nach ökonomischer Bewegung innerhalb desselben. Natürlich generiert letztlich wirtschaftliches Wachstum Geldmengenwachstums. Die Zentralbank sorgt dafür, dass das in angemessener Weise geschieht.

Doch welche vorgezeichneten Wege nimmt das Geld, wenn es über das Kreditwesen in die Wirtschaft entlassen wird. Im Rahmen herrschender Institutionen und einer sich daran orientierenden Politik gibt es vorgezeichnete Wege durchaus nicht als zuverlässige Wege, was erklärt, warum eine bestimmte geldpolitische Maßnahme, immer zu flankieren von einer entsprechenden Politik des Staates, nicht die Wirkung zeitigen muss (Wachstum, Beschäftigung), die man der Theorie gemäß erwartet. Man erwartet eine allgemeine Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Doch findet sie nicht in dem erwarteten Umfang statt, keine entsprechende Bewirtschaftung der Nachfrage: nach Investitionsgütern und – als Folge davon – auch keine Belebung der Nachfrage nach Konsumgütern. Bewirtschaftung hier aufzufassen als passiver und abhängiger Vorgang: Man entlässt Geld in die Wirtschaft und man erwartet eine Wirkung, eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. Man täte den herrschenden Neoliberalen unrecht, wenn man ihnen vorhält, sie hätten die Konsumnachfrage nicht im Sinn. Ihnen zufolge folgt sie mit einer unbestimmbaren Zeitverzögerung einer zunächst zu belebenden Nachfrage nach Investitionen. Primär ist die Bedienung der Angebotsseite der Wirtschaft. Die Nachfrageseite: Einkommen und Konsum sollen folgen. Doch tun sie das auch?

Die Neoliberalen verkennen, dass es besonders auf die Nachfrage nach Konsumgütern in einer Zeit ankommt, wo sich die Zirkulations- bzw. die Marktsphäre im Zuge der Globalisierung unumkehrbar über der Produktion derart zusammengezogen hat, dass sie der Produktion den Atem nimmt oder aber gibt, so dass die Produktion ihr Potential nur noch über den Konsum ausschöpfen kann – entsprechend sich zeigenden Bedürfnissen der Menschen. Nachfrage nach Konsum begrenzt und belebt Produktion unmittelbar ohne Zeitverzögerung. Solche Begrenzungen durch die Nachfrage galten in der Geschichte des Kapitalismus nicht immer so streng wie heute, zu einer Zeit, wo seine Ökonomie sich noch in die Breite auszudehnen vermochte, flankiert von Mord und Totschlag, einer unsäglichen politischen Gewalt, von Chauvinismus und militärisch gestützten Imperialismus. Endliche Ressourcen, eine endliche Erde setzten diesen Ausdehnungserfordernissen zur Entlastung interner Schwierigkeiten im Hinblick auf die Verwertung von Produktion immer engere Grenzen.

Heute ist Ökonomie vollständig gehalten, sich von dem zu nähren, was sie aus sich selbst (an zahlungsfähiger Nachfrage) herausgebirt, innerhalb eines quasi-stationär geschlossenen Systems. Sie kann darüber hinaus ihr Heil immer weniger in einer Aufblähung außenwirtschaftlicher Beziehungen, der Ausweitung des Handels suchen. Sie versucht es, indem sie Waren und Dienstleistungen immer hektischer, schneller und sinnloser um den Erdball jagt. Fleisch wird in Polen produziert, geht dann nach Deutschland, um in einer Konserve zu landen, die dann ihrerseits wieder in Polen landet, um von dort ein Etikett verpasst zu bekommen und schließlich über Frankreich nach Brasilien exportiert zu werden. Mit Jogurts aus Bayern, die in Schleswig-Holstein verzehrt werden oder umgekehrt, ist es ähnlich. Das heißt, wir haben es mit einer Ökonomie zu tun, die es nur schlecht zu verhehlen vermag, dass ihre Komponenten nicht lose oder irgendwie, sondern immer strenger aufeinander verweisen.

Wenn es vorgezeichnete Wege hin zu einer Bewirtschaftung von Nachfrage gibt und das im Rahmen eines normativ-institutionalisierten Regelwerks und einer sich daran zu orientierenden Politik im Interesse bestimmter Herrschafts- und Machtverhältnisse, so ist fraglich, ob diese Wege überhaupt so beschritten werden, wie man sich das in der herrschenden ökonomischen Theorie vorstellt. Findet z.B. der in Abhängigkeit von wirtschaftlichen Aktivitäten produzierte Geldschein – Geldschöpfung, die über den privaten Finanzsektor vermittelt wird – überhaupt den Weg zu einem Menschen, der konsumieren könnte, und führt dieser Mensch den Schein, wenn er ihn hat, überhaupt zurück in den realwirtschaftlichen Kreislauf, an die Produktion heran, wo er sich in realwirtschaftliche Investitionsgüter verwandelt, vorausgesetzt, er verkonsumiert den Schein. Wenn der Unternehmer den Schein bekommt, weil der Schein verkonsumiert wird, ist es immer noch nicht sicher, dass er sich in Investitionsgüter verwandelt. Vielleicht bleibt der Schein ja irgendwo hängen, vielleicht aufbewahrt in einem Tresor oder als Wertpapier auf einem Depot, als zusätzliches Vermögen eines Millionärs oder Produzenten, um Zinsen zu generieren. Menschen mit hohem Einkommen warten nachweislich lieber auf Zinsen, weil ihre Sparquote sehr hoch ist. Hier wandert jeder zusätzliche Euro schon mal nicht unmittelbar in den Konsum als Voraussetzung zusätzlicher Investitionen. Der zusätzliche Euro muss warten. Vielleicht vergeblich. Wer will das sagen? Nur Menschen mit wenig Einkommen funktionieren zuverlässig als Nachfrager nach realwirtschaftlichen Gütern. Sie verhalten sich der Ökonomie gegenüber in Bezug auf die Nachfrage funktional, denn durch sie gelangt der Schein zumindest schon mal an die Produktion heran, wenn auch zunächst erst einmal in die Tasche eines Unternehmers als Zeichen, dass es sich für ihn lohnt, seine Produktion aufrecht zu erhalten und vielleicht sogar Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen, um seine Produktion auszuweiten.

Die herrschende neoliberale Theorie räumt angebotsorientiert ein: Hohe Einkommen mögen einen zusätzlichen Euro vielleicht nicht konsumieren, d.h. sich an dieser Stelle nicht wirtschaftsfunktional verhalten, aber dafür investieren sie ihr zusätzliches Geld und schaffen dadurch zusätzliche Einkommen (Nachfrager). Ein (nur Zinsen generierendes) Investment führt aber nicht unbedingt zu einer die Wirtschaft belebenden Nachfrage nach realwirtschaftlichen Gütern. Geldnahe oder geldfernere Investmenttitel sind wesentlich etwas anderes als die Investition in realwirtschaftliche Produktion. Es gibt eine Barriere zwischen Zirkulations-, bzw. Marktsphäre einerseits und Produktionssphäre andererseits. In der Zirkulationssphäre zeigt sich nur, was eine Produktion "wert ist". Selbst produzieren tut sie nicht, auch wenn in ihr Zinsen generiert werden. Innerhalb der Zirkulationssphäre zeigt es sich, ob die Produktion gefährdet ist. Sie ist gefährdet, wenn das Unternehmen im Falle gesättigter Märkte und/oder schwächelnder Kaufbereitschaft nicht genug absetzen kann. Sogar in Form betrieblicher Erlöse fließen hohe Einkommen oder Gewinne (innerhalb der Zirkulationssphäre) nicht unbedingt zurück in den realwirtschaftlichen Kreislauf. Kommt eine schwache zahlungsfähige Nachfrage hinzu, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sogar Unternehmen mit hohen Gewinnen ihr Investitionsengagement in der Zirkulationssphäre belassen. Dann bewegen Menschen sich nicht, weil jeder wartet, so lange, bis sich was bewegt, um sich dann selbst zu bewegen. Wer sich zuerst bewegt, scheidet aus. Die Wirtschaft, sie mag noch so potent sein, erstickt dann an Bewegungslosigkeit.

Hohe Einkommen mögen Unternehmensanleihen kaufen. Oder mit festverzinslichen Anlagen Geld für bessere Zeiten parken. Vielleicht kaufen sie Aktien, deren Kurse vor sich hindümpeln. Auch im Falle eines Aktienkaufs findet zusätzliches Einkommen nicht notwendig seinen Weg in die Produktion. Es landet vielleicht in den Taschen einiger Vorstände oder Spekulanten. Mag sein, dass es in Spekulationsgeschäften verpulvert wird, immer in Zeiten, in denen die Unternehmen zusätzliche Investitionsrisiken meiden, weil sie in einem in sich geschlossenen System auf das angewiesen sind, was sie selbst an Nachfrage in eben diesem geschlossenen System produzieren, ohne Möglichkeit, diesem System zu entfliehen, um außerhalb desselben ihre Produktion zu verwerten. In einer endlichen Welt schließt sich die Zirkulation über kurz oder lang über der Produktion zusammen, so dass diese sich auf jene streng und unnachgiebig zu beziehen hat.

Der herrschende institutionelle Rahmen wird dieser Entwicklung einer streng systemfunktionalen Bezogenheit nicht gerecht. Er kommt aus einer früheren Welt und weist derart macht- und herrschaftsfundierte Defizite auf im Hinblick auf das Ziel einer beschäftigungswirksamen Wirtschaft-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik. Geld als Mittel der Bewirtschaftung fließt dorthin, wo ökonomische Bewegung und Einkommen ohnehin existieren, nicht dorthin, wo Bewegung angestoßen werden könnte: bei Unterbeschäftigten und

Beschäftigungslosen mit einer Sparquote, die gegen Null tendiert, dort jeder zusätzliche Euro nahezu gänzlich in den Konsum fließen würde, um dadurch die Produktion unmittelbar zu berühren, um sie zumindest aufrecht zu erhalten, wenn auch nicht unbedingt auszudehnen. Sie richtet ihre Kapazitäten entsprechend einer sich zeigenden Konsumnachfrage aus.

Der herrschenden Theorie zufolge kann die Zentralbank die Wirtschaft positiv beeinflussen. Niedrige Geldmarktzinsen sollen zur Belebung einer dahinsiechenden Wirtschaft beitragen. Im Falle sinkender Zinsen ziehen sich die Wirtschaftssubjekte aus der Geldhaltung zurück. Sie gehen in geldnahe Titel, die höhere Zinsen versprechen, bringen dadurch die Kurse in die Höhe, so dass auch hier das Zinsniveau sinkt, so lange, bis sie in geldfernere Wertpapiere fliehen. Übrig bleibt am Ende das Investment in Realkapital, das aber nur stattfindet, wenn es sich rechnet. Da können Zinsen noch so niedrig sein. Sinnlose Risiken geht ein Unternehmer nicht ein. Er fragt sich ganz konkret: kann er die zusätzlich produzierten Waren verkaufen? Wenn nicht, weil Menschen nicht kaufen wollen oder können, bringen niedrige Zinsen keine zusätzlichen Produktionsanreize, bzw. keine zusätzliche Nachfrage nach Investitionsgütern. Nur letzteres belebt die Wirtschaft. Ein günstiges geld- und zinspolitisches Umfeld mag also hilfreich sein, ist aber mitnichten hinreichend. Über den privaten Finanzsektor vermittelt, gelangt der geschöpfte Geldschein nicht zu denen, die ihn am dringendsten benötigen: zu den Unter- und Beschäftigungslosen. Mit den Ausgegrenzten haben Banken nun mal nicht viel im Sinn. Wir brauchen ein System der Geldschöpfung am herrschenden Finanzsektor vorbei. Eine Entmachtung des Finanzkapitals als Voraussetzung von Bewegung.

In Zeiten, wo eine Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in die Breite noch möglich und durch politische Gewalt, Mord und Totschlag, realisiert wurde, konnte man diesen Zusammenhang noch übersehen. Heute ist das nur noch durch sehr viel Dummheit, ja, eine böse kriminelle Ignoranz möglich. Und die hat schon lange Einzug gehalten in der politischen und ökonomischen Auseinandersetzung.

Eine zielgenaue und in ihrer Wirkung prognostizierbare Bewirtschaftung der Nachfrage im Hinblick auf den Konsum ist aufgrund des herrschenden finanzinstitutionellen Strukturdefizit nicht möglich. Und zwar vor allem aufgrund des privatrechtlich organisierten Charakters des Finanzsektor, durch den hindurch auf Initiative der Zentralbank hin Geldschöpfungsvorgänge gesteuert werden. Die Zentralbank ist da weniger autonom als man gemeinhin annimmt. Ihr Einfluss ist negativ. Sie begrenzt vor allem die Politik. Da, wo ökonomische Bewegung politisch gewollt angestoßen werden müsste, kann sie es nur sehr unzureichend. Geld fließt vor allem dahin, wo Bewegung stattfindet. Banken wollen und müssen Gewinne machen und schöpfen daher vor allem kreditinduziert Geld dort, wo sie ökonomische Entwicklung prognostizieren; denn Banken wollen ihre Kredite

abgesichert sehen. Kreditbedarf entsteht in der Wirtschaft dort, wo Wachstum sicher generiert werden kann. Der Weg ist folgender: Die Wirtschaftssubjekte wenden sich an die Bank zur Befriedigung ihres Kreditbedarfs. Die Bank wendet sich an die Zentralbank, wenn der Kreditbedarf die Möglichkeiten der Kreditgewährung übersteigt, um sich in diesem Fall bei der Zentralbank mit Geldmitteln einzudecken. Dafür legt die Zentralbank einen Zins fest. Steigt dieser, so sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass Banken sich bei der Zentralbank mit Geldaktiva versorgen, denn einen höheren Zins müssen sie unmittelbar an die kreditbedürftigen Wirtschaftssubjekte weiterreichen. Bei einem höheren Zins geht der Kreditbedarf also zurück, Geld wird der Wirtschaft entzogen, die Geldmenge sinkt, bzw. das Geldmengenwachstum geht zumindest zurück. Im anderen Fall, bei sinkendem Zentralbank-Zins, steigt die Geldmenge. Dann, so glauben die Wirtschaftsexperten, wirkt die Zentralbank belebend auf die Wirtschaft – bei steigender Geldmenge. Schäumt die Konjunktur – im Falle überlasteter Produktionskapazitäten – über, wirkt eine Zinsanhebung der Zentralbank mit sinkender Geldmenge dämpfend auf die allgemeine Wirtschaftsentwicklung.

In unserer Zeit einer stagnierenden Wirtschaft, wo die Produktionskapazitäten lange nicht ausgelastet sind, belebt eine Geldmengenerhöhung die Wirtschaft nicht. Die Unternehmen müssen ihre Kapazitäten zunächst auslasten, bevor sie daran denken, ihre Produktion durch Investitionen unnötig auszuweiten. Statt dessen dominiert ein Kostensenkungswettlauf, also Entlassungen bei steigenden Gewinnen. Die Unternehmen wissen nicht wohin damit. Das Geld verfault im Finanzsektor. Bietet sich eine Gelegenheit besserer Verwertung, z.B. durch Privatisierung der Wasserwirtschaft oder der Müllabfuhr, so wird diese wahrgenommen, wiederum auf Kosten von Arbeitsplätzen, bei sinkenden Löhnen. Wenn private Investoren investieren, z.B. indem sie die Wasserwerke der einen oder anderen Kommune kaufen, dann nur, um Kosten zu senken, Arbeitsplätze abzubauen. Im Gegensatz zum Staat müssen sie ihre Gewinne maximieren durch Lohnsenkung und Arbeitsplatzabbau, koste es, was es wolle – mit der Folge einer Gefährdung der Wasserversorgung, z.B. weil Rohrleitungsnetze nicht mehr zureichend instand gehalten werden und deshalb vergammeln. Damit einher geht, dass die Binnennachfrage nach Konsum, die Möglichkeit die Produktion am Markt zu realisieren, abnimmt. Die schwächelnde Binnennachfrage ihrerseits kann aber aus den oben genannten institutionellen Strukturdefiziten nicht unmittelbar und zielgenau bewirtschaftet werden. Das wird vor allem durch den privatwirtschaftlich organisierten Charakter des Finanzsektors konterkariert: Geldschöpfung vorbei am Finanzsektor zur gezielten Bewirtschaftung der Nachfrage ist aus verfassungsrechtlichen Gründen (noch) nicht möglich aber notwendig: Geld drucken und es denen geben, die keines haben. Mit diesen strukturellen Defiziten ist jede Politik von vorn herein belastet und neigt dadurch dazu, ihre Programme mit bloßen Verlautbarungen zu übersähen. Das mag der tiefere Grund sein, warum

jede neue Bewegung, die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahne schreibt, Gefahr läuft, im Falle der Übernahme von Regierungsverantwortung zu scheitern. Die neugebackenen Parlamentarier freunden sich erst an mit herrschenden Strukturdefiziten und propagieren dann zunehmend eine Politik, die keine Alternativen (Schuldenfalle) mehr kennen will.

In den letzten 35 Jahren versuchte die Politik, institutionelle Strukturdefizite durch immer mehr Schulden abzufedern (Aufblähung der Zirkulation durch immer mehr Schulden), erfolglos, wie sich heute zeigt. Staatliche Politik wird in Zukunft zunehmend belastet durch steuerliche Einnahmeprobleme, durch Zinsrückflüsse und vergebliche Konsolidierungsbemühungen. Die Zinszahlungen des Staates an die Wirtschaftssubjekte werden schon bald die Steuereinnahmen übersteigen, die der Staat durch selbige Wirtschaftssubjekte erhält. Anders gesagt: ein immer größerer Teil der Bevölkerung, vor allem die, die es sich leisten können, dem Staat Geld zu leihen, bezahlen irgendwann überhaupt keine Steuern mehr. Ist das nicht wunderbar? Das Geschrei der etablierten Parteien, es gäbe ein Ausgabenproblem, das zum Sparen und zur Konsolidierung zwinge, ist de facto gegenstandslos, dazu angetan, einen Wirtschaftsraum zu ruinieren, ohne dass die meisten Menschen etwas davon hätten, nicht einmal mittelgroße und kleinere Unternehmen.

Die Neoliberalen glauben tatsächlich, für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen, indem sie die Ökonomie per Gieskannenprinzip mit Geld versorgen. Da sie angeblich kein zusätzliches Geld mehr ausgeben können, bleiben nur noch Steuersenkungen und geldpolitische Maßnahmen, flankiert vom Prinzip Hoffnung. Nun, wenn Wirkungen ausbleiben, ist halt noch nicht genug dereguliert und entbürokratisiert. Hier denkt man vor allem an den Arbeitsmarkt, meint aber den Abbau von Arbeitsplätzen und die fortgesetzte Senkung des Lohnniveaus. Zunehmende Nachfrage nach Arbeit glaubt man durch eine Absenkung des Preises von Arbeit zu erreichen. Gesamtwirtschaftlich beißt sich die Katze dabei in den Schwanz, denn eine Strategie sinkender Arbeitskosten berührt die Binnennachfrage unmittelbar negativ. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kann eine zunehmende Nachfrage nach Arbeit nicht eine Frage zunehmender Ausgrenzung und sinkender Löhne sein. Genau das möchte uns das einzelwirtschaftliche Kalkül weismachen – gebetsmühlenhaft. Setzte sich die einzelwirtschaftliche Betrachtung durch, ginge, im Gegenteil, die Beschäftigung deflationär zurück. Die strukturellen Probleme würden zunehmen – gnadenlos.